

Antragsbereich W / **Antrag W1****AntragstellerInnen:** AfA**Empfänger:** Bundesparteitag
Landesparteitag**Empfehlung der Antragskommission:** Weiterleitung an baye-
rische MdEPs für europäisches
Wahlprogramm**W1: Wachstum stärken – Ungleichgewichte abbauen – Wirtschaftspolitik europaweit koordinieren****Wachstum stärken – Ungleichgewichte abbauen –
Wirtschaftspolitik europaweit koordinieren**Die Ursachen der Euro-Krise beseitigen: Für eine
tragfähige und soziale Architektur der Eurozone

5

Die bisherigen Lösungsansätze zur Überwindung der
Eurokrise verfehlen die eigentlichen Ursachen, gehen
zu Lasten der Lebens- und Arbeitsperspektiven vieler
Millionen Menschen, schaffen kein ausreichendes
und nachhaltiges Wirtschaftswachstum und bedro-
hen auf diese Weise den Bestand der Währungsunion
und der EU als Ganzes. Ein Auseinanderbrechen der
Eurozone würde unvorhersehbare wirtschaftliche
Risiken für Europa und die Weltwirtschaft bedeuten.
Von der damit verbundenen politischen Dimension
eines gespaltenen Europa ganz zu schweigen. Als
Europapartei der ersten Stunde werden Sozialdemo-
kraten eine Spaltung Europas niemals akzeptieren.
Es ist die historische Aufgabe der SPD, neu auf-
keimenden, rückwärtsgewandten Nationalismus
entschlossen in die Schranken zu weisen.

Doch dazu muss Europa endlich einen sozialverträg-
lichen Pfad aus der Eurokrise einschlagen und die
gravierenden Konstruktionsfehler der Währungsuni-

on konsequent beseitigen:

– Die Kritik an einer einseitig auf Kürzungen der Lohn- und Sozialeinkommen abzielenden Politik reicht
30 quer durch sämtliche ökonomische Schulen, wie die Tagung der Wirtschaftsnobelpreisträger im Juli 2014 in Lindau eindrucksvoll dokumentiert hat. Europa braucht vordringlich eine gemeinsame Wachstums- und Investitionsstrategie, eine Rückkehr zum Primat
35 der Politik gegenüber den Finanzmärkten, mehr Koordinierung und Harmonisierung sowie institutionelle Reformen. Notwendige Strukturreformen zur Überwindung von je besonderen nationalen Entwicklungsblockaden (z.B. Immobiliensektor in Spanien,
40 effektive Verwaltungen in Italien oder Griechenland, Bekämpfung von Korruption und Steuerhinterziehung u.a.) können ihre Wirksamkeit am besten entfalten, wenn sie in eine Wachstumsstrategie eingebettet sind.

45

– Die Webfehler der Währungsunion bestehen in der mangelnden politischen Koordination der makroökonomischen Größen und in der Institutionalisierung einer neoliberalen Wirtschaftsdoktrin.
50 Mit Blick auf die Leistungsbilanzen, die Lohn- und Inflationsentwicklung sowie auch auf die Steuerharmonisierung muss der sukzessive Abbau der bestehenden Ungleichgewichte konsequent ins Visier genommen werden. Die wirtschafts- und steuerpolitische
55 Integration muss entscheidend vertieft, Europa mithin zu einer echten Wirtschafts- und Sozialunion weiterentwickelt werden. Eine regelgebundene Finanzpolitik und Schuldenabbau sind in diesem Rahmen unverzichtbar. Doch genau deshalb müssen
60 sich Sozialdemokraten in ganz Europa auf den Weg machen, eine zum Dogma geronnene und im Kern

neoliberale Austeritätspolitik zu überwinden. Denn die neoliberale Wirtschaftsdoktrin generiert aufgrund ihrer einseitigen Sparfixierung viel zu wenig Investitionsdynamik und Wirtschaftswachstum. Sie versperrt damit vor allem den Krisenstaaten die Möglichkeit, sukzessive aus der Verschuldung herauswachsen zu können. Zudem geht die Austeritätspolitik immer nur zu Lasten der Lohn- und Sozialeinkommen der breiten Schichten und führt zum drastischen Abbau von Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechten. Europa braucht deshalb einen wirtschaftspolitischen Paradigmenwechsel für mehr Wachstum und Investitionen und eine dauerhaft tragfähige Architektur der Eurozone.

Ein sozialverträglicher Wachstumspfad aus der Eurokrise ist möglich

80 Ein Zukunftsinvestitionsprogramm für Europa

Es kommt entscheidend darauf an, europaweit abgestimmt für mehr realwirtschaftliches Wachstum zu sorgen, damit die Staaten sukzessive aus der Verschuldung herauswachsen können. Europa braucht dringend eine europaweit koordinierte Wachstumsstrategie – etwa in Anlehnung und Fortschreibung der alten Pläne zum Ausbau der europäischen Infrastruktur von Jaques Delors. Der Juncker-Plan ist dafür kein Ersatz: Er zeigt zwar die richtige Einsicht, dass mehr Investitionen nötig sind, beschränkt sich dazu aber auf Umdeklarierung von Haushaltsmitteln und setzt auf die Hebelwirkung von Kreditmärkten, die gerade ihre Unfähigkeit erweisen, produktive Investitionen in Gang zu setzen.

Insbesondere für die Krisenländer gilt: ohne Wachs-

tum keine Steuereinnahmen, ohne Steuereinnahmen keine erfolgreiche Konsolidierung. Diese Länder
100 müssen deshalb wieder auf einen Wachstumspfad zurückkehren können. Dieser Weg muss durch ein europäisches Programm für öffentliche Zukunftsinvestitionen unterstützt werden. Damit ein solches Investitionsprogramm tatsächlich eine spürbare
105 Wirkung auf die europäische Wirtschaft hätte, müsste es ausreichend groß dimensioniert sein. Das Ausgabevolumen sollte dabei mindestens ein Prozent des Euro-Zonen-BIP, also rund 100 Milliarden Euro jährlich ausmachen. Gefordert ist in diesem Zusam-
110 menhang eine investitionsfördernde Reform des Fiskalpaktes. Denn die geltenden Fiskalregeln der EU ebenso wie die

Vorgaben zur Haushaltssanierung durch die ESM-
115 Programme und den IWF haben dazu geführt, dass in den vergangenen Jahren öffentliche Ausgaben in einer Art und Weise gekürzt wurden, die das Wirtschaftswachstum in Europa sowohl von der Angebots- als auch von der Nachfrageseite stark
120 belastet. So wurden unter anderem Ausgaben für öffentliche Investitionen in Infrastruktur ebenso massiv gekürzt wie Bildungsausgaben und öffentliche Ausgaben für Forschung und Entwicklung. Sowohl in Deutschland als auch in der Eurozone
125 insgesamt liegen die öffentlichen Nettoinvestitionen (also Bruttoinvestitionen abzüglich Abschreibungen für Abnutzung) nun im negativen Bereich. Sprich: die öffentliche Infrastruktur verfällt zusehends. Nach allen Erkenntnissen der neueren Wachstumstheorie
130 sind allerdings gerade diese Ausgaben besonders wichtig für die Effizienz einer Volkswirtschaft, ihren technologischen Fortschritt und das mittelfristige Wachstumspotential. Ein europäisches Wachstums-

programm muss deshalb entschieden daraufsetzen,
135 diese öffentlichen, produktivitätssteigernden Ausga-
ben wieder zu erhöhen.

Ausgleich von Leistungsbilanzungleichgewichten durch mehr Binnennachfrage

140

Entscheidende Wachstumsimpulse für die Eurozone
müssen von den Überschussländern ausgehen.
Diese müssen ihre eigene Binnennachfrage und ihre
Inlandsinvestitionen substanziell erhöhen, weil die
145 Leistungsbilanzdefizitländer kaum eigene expansive
Impulse setzen können. Vor allem Deutschland ist
hier gefordert es muss seinen Niedriglohnsektor
zurückdrängen, die öffentlichen Investitionen aus-
weiten und zudem über ein höheres Lohnniveau
150 einen wesentlichen Beitrag zur dauerhaften Erhö-
hung der Binnennachfrage leisten. Der Ausgleich der
Ungleichgewichte kann nur beidseitig gelingen. Denn
zum einen kann eine reine Abwärtsanpassung des
Preis- und Lohnniveaus in den Krisenländern der
155 Euro-Zone nicht gewünscht sein. Preis- und Lohnsen-
kungen machen nämlich tendenziell die Bedienung
der Schulden von Haushalten, Unternehmen und der
öffentlichen Hand noch schwieriger, weil die reale
Schuldenlast steigt. Dies führt zu weiteren Problemen
160 im Bankensektor und zu einer dauerhaft gedämpften
gesamtwirtschaftlichen Nachfrage. Zum anderen
wäre eine einseitige Anpassung der Krisenländer
auch alles andere als nachhaltig: Denn die Eurozone
insgesamt – deren Leistungsbilanz einigermaßen
165 ausgeglichen ist – würde dann hohe Überschüsse im
Handel mit anderen Wirtschaftsregionen ausweisen
und den Euro in eine massive Aufwertungstendenz
bringen. Alle Bemühungen der Krisenländer, ihre
preisliche Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern, wür-

170 den durch eine Aufwertung konterkariert. Deshalb ist
die makroökonomische Koordinierung von zentraler
Bedeutung.

Steuer-, Lohn- und Sozialdumping verhindern

175

Die Eurozone muss eine gezielte Steuer-, Sozial-
und Inflationskonvergenz anstreben. Es braucht auf
hohem Niveau harmonisierte Körperschaftssteuern
mit vergleichbaren steuerlichen Bemessungsgrund-
180 lagen sowie Mindestlohnkorridore und Lohnleitlinien
nach wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit. Es geht dar-
um, ein Steuer- und Lohndumping sowie die damit
verbundenen unkoordinierten realen Abwertungen
im Euroraum besser unterbinden zu können. Eine
185 gemeinsame Währungsunion kann nur dann funk-
tionieren, wenn das vereinbarte Inflationsziel von
allen Mitgliedsstaaten verfolgt wird. Demnach muss
gewährleistet werden, dass jedes Land seine Löhne
jährlich in angemessenem Umfang steigert. Das
190 bedeutet insbesondere, dass Krisenstaaten, welche
ein zu hohes Lohnwachstum in der letzten Dekade
generiert haben, nun Lohnzurückhaltung üben müs-
sen, während in Überschussländern, insbesondere in
Deutschland, Lohnzuwächse von deutlich über zwei
195 Prozent über den Produktivitätszuwächsen realisiert
werden müssen.

Europäische Regulierung des Finanz- und Banken- sektors

200

Der Finanz- und Bankensektor muss einer strikten
und europaweit wirksamen Regulierung unterzo-
gen und die Verursacher der Finanzkrise über eine
europaweite Finanztransaktionssteuer zur Tilgung
205 der Staatsdefizite herangezogen werden. Ohne Wirt-

schaftswachstum kann die Konsolidierung dauerhaft nicht gelingen. Eine weitere wichtige Bedingung für erfolgreiche Konsolidierung besteht aber darin, ausreichende Steuereinnahmen zu generieren.

210 Deshalb müssen die Krisenverursacher – die Finanzmärkte – an der Finanzierung der Krisenfolgen durch die Einführung der Finanztransaktionssteuer beteiligt werden – konzipiert mit breiter Bemessungsgrundlage und wenigen Ausnahmen. Der

215 Steuersenkungswettbewerb bei Unternehmenssteuern ist zu beenden, auch Großkonzerne und Vermögensmillionäre müssen sich angemessen an der Finanzierung ihrer Gemeinwesen beteiligen.

220 **Schuldentilgung nicht zu Lasten des Wachstums**

Die Refinanzierung der Krisenländer muss im Tausch gegen glaubwürdige Verpflichtungen zum Schuldenabbau nachhaltig abgesichert werden wie dies etwa

225 der Sachverständigenrat mit dem sog. Schuldentilgungsfonds vorgeschlagen hat. Die übermäßige Verschuldung der Euro-Länder jenseits einer Verschuldungsmarke von 60 Prozent der jährlichen Wirtschaftsleistung kann realistisch nur in einem

230 Zeitraum von 20 bis 25 Jahren auf Basis einer gemeinsamen Teilhaftung abgebaut werden. Mit der Gründung eines sog. Schuldentilgungsfonds nach dem Vorschlag des deutschen Sachverständigenrats kann die Haftung – anders als bei Eurobonds – zeitlich

235 wie volumenmäßig begrenzt und mit einer „klaren, langfristigen und glaubwürdigen Verpflichtung aller teilnehmenden Länder für den Schuldenabbau“ verbunden werden. Zudem muss die unabweisbar notwendige Umschuldung Griechenlands in Angriff

240 genommen und die Rückzahlung der Kredite an das Wirtschaftswachstum gekoppelt werden, damit Anrei-

ze für wachstumsfördernde Maßnahmen geschaffen werden.

245 **Sparpolitik verschärft die wirtschaftlichen Probleme**

Die Krisenländer haben bereits – zulasten ihres Wirtschaftswachstums – drakonische Sparmaßnahmen
250 umgesetzt. Entgegen weitverbreiteter Annahmen hat vor allem Griechenland seine Ausgaben reduziert. Die Anzahl der öffentlichen Beschäftigten sank in Griechenland zwischen 2009 und 2014 von 907.351 auf 651.717. Das ist ein Rückgang von 25 Prozent.
255 Das staatliche Defizit betrug im Jahr 2009 noch 15,6 Prozent. Im Jahr 2014 sank es auf -2,5 Prozent. Kein Land der Welt hat sein Staatsdefizit in einem solchen Ausmaß und in derart kurzer Zeit reduziert. Von weiteren drakonischen Sparmaßnahmen bei
260 den Masseneinkommen ist jedoch in der gesamten Eurozone unbedingt abzusehen. Andernfalls droht jederzeit der Rückfall in schwere Rezessionen. Eine erneute Rezession in den Krisenländern würde sämtliche Konsolidierungsbemühungen na-
265 hezu aussichtslos machen. Allerdings müssen die Krisenländer ihre Ausgabenpfade bei Löhnen und Staatsausgaben noch einige Jahre verlangsamen, um ihre Defizite zu verringern. Weitere absolute Absenkungen bei Staatsausgaben oder Löhnen müssen
270 aber vermieden werden, vielmehr sind Zuwächse zur wirtschaftlichen Stabilisierung erwünscht, sie müssen aber unterhalb der „Normalzuwachsrate“ von Produktivität plus Zielinflationsrate bleiben.

275 **Soziale Rechte und demokratische Strukturen in der EU stärken**

Die europäische Wirtschafts- und Finanzunion muss durch eine Sozialunion flankiert werden. Die
280 sozialen Grundrechte, wie sie bereits in der EU-Grundrechtscharta angelegt sind, dürfen nicht den Marktfreiheiten im europäischen Binnenmarkt untergeordnet werden, sondern müssen ihnen vorgehen. Mit einer sozialen Fortschrittsklausel muss dieses
285 Prinzip vertraglich im europäischen Primärrecht festgeschrieben werden. In Europa muss gelten: gleiche Lohn- und Arbeitsbedingungen für gleiche Arbeit am gleichen Ort. Lohn- und Sozialdumping darf kein Raum gegeben werden. Dazu müssen
290 auch die Spielräume für Mitbestimmung in den europäischen Unternehmen erweitert, die Rechte der europäischen Betriebsräte deutlich ausgebaut werden. Arbeitnehmer aus unterschiedlichen EU-Staaten dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden,
295 sondern müssen die Chance haben, ihre Interessen gemeinsam zu vertreten. Politisch ausgestaltet werden muss die europäische Sozialunion vor allem dadurch, dass soziale Ziele und Mindeststandards europäisch verbindlich vereinbart werden. In einem
300 sozialen Stabilitätspakt müssen Ziele und Vorgaben für Sozial- und Bildungsausgaben gemessen am BIP der jeweiligen Staaten ebenso wie existenzsichernde Mindestlöhne in allen EU-Mitgliedstaaten gemessen am jeweiligen nationalen Durchschnittseinkommen
305 festgeschrieben werden.

Die Realisierung einer solchen Sozialunion kann nicht gelingen im Rahmen einer autokratischen Wirtschafts- und Finanzpolitik auf EU-Ebene, die ohne
310 Mitbestimmung des Europäischen Parlaments und auch gegen den Willen der nationalen Parlamente durchgesetzt wird und dabei neben dem forcierten Sozialabbau auch Eingriffe in die Tarifautonomie

und das Tarifvertragsrecht, Lohnkürzungen im öffentlichen Dienst und Absenken des Mindestlohns erzwingt und mit Privatisierungsmaßnahmen neue Anlagesphären fürs Finanzkapital zulasten der Daseinsvorsorge schafft. Zugleich bemüht sich die EU, die Festlegung auf einen neoliberalen Kurs zu verstärken: mit den verschiedenen verhandelten Freihandelsabkommen, mit weiteren Versuchen, den europäischen Kapitalmarkt auszubauen und mit Fortführung einer Politik der Standortkonkurrenz zwischen den Ländern und Regionen der EU – logische Folge der angestrebten „Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit“.

Nicht nur in den „Krisenländern“ erweckt dieses Vorgehen den Eindruck, die „nationalen“ Interessen seien gegen die EU durchzusetzen. Dies führt zu merkwürdigen Ergebnissen wie beim Brexit – wo die Öffnung des Arbeitsmarktes zum Argument gegen die EU wurde, obwohl die britische Regierung in diesem Punkt der EU-Politik gerade nicht gefolgt war.

Die Koordinierung der Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik muss als demokratischer Prozess erfolgen und nicht als technokratische Durchsetzung vermeintlicher ökonomischer Sachzwänge. Die Politik der negativen Integration, die wachsenden Wohlstand und Kohäsion von freien Wirken der Marktkräfte erwartete, ist gescheitert. Der Niedergang der europäischen Sozialdemokratie zeigt auch, dass unter diesen Voraussetzungen eine Politik des sozialen Ausgleichs nicht mehr überzeugend formuliert werden kann. Daher ist gerade die Sozialdemokratie im wirtschaftlich stärksten Land der EU gefordert, eine Alternative zu entwickeln, die Ziele der gesellschaftlichen Entwicklung wieder in den Mittelpunkt rückt.